Deutscher Bundestag **Drucksache 16/10845**

16. Wahlperiode 12. 11. 2008

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Pakistan und Afghanistan stabilisieren – Für eine zentralasiatische regionale Sicherheitskonferenz

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen ihrer UN-Mitgliedschaft die Initiative zur Einberufung einer regionalen Sicherheitskonferenz der zentralasiatischen Staaten zu befördern. Insbesondere gilt es, Pakistan, seine Nachbarn China, Indien, Iran und Afghanistan sowie Russland, die in und mit der Shanghai-Gruppe zusammenarbeiten, zu gewinnen, die Probleme der Region umfassend zu beraten. Neben Themen der Demokratisierung und der Verbesserung der sozialen Lage der Menschen in der Region, müssen auch die Grenzstreitigkeiten zwischen Pakistan und Afghanistan sowie zwischen Pakistan und Indien behandelt werden. Dafür ist es erforderlich, die verschiedenen Konfliktparteien, insbesondere das Volk der Paschtunen, zu beteiligen. Ein Ergebnis der Konferenz könnte ein Waffenstillstand in Afghanistan und der pakistanischen Grenzregion sein;
2. sich für die Einstellung der Angriffe der Streitkräfte der USA auf pakistanisches Staatsgebiet einzusetzen und diese zu verurteilen;
3. Pakistan vermehrt bei seinen Demokratisierungsbemühungen zu unterstützen;
4. das Wettrüsten zwischen den Staaten der Region nicht durch deutsche Rüstungslieferungen zusätzlich anzuheizen, sondern deutsche Rüstungsexporte in die Region zu beenden;
5. darauf hinzuarbeiten, dass sich Pakistan, trotz der amerikanisch-indischen Atomvereinbarungen, den internationalen Rüstungskontrollregimen anschließt.

Berlin, den 12. November 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Seit dem 13. August 2008 ist die pakistanische Seite der afghanisch-pakistanischen Grenzregion verstärktem Raketenbeschuss durch die Streitkräfte der USA ausgesetzt. Bisher sollen 16 Raketenangriffe, mit einer nicht überschaubaren Anzahl an zivilen Opfern als Folge, stattgefunden haben. Auch wenn die USA inzwischen Verhandlungen mit aufständischen Gruppen forcieren möchte, ist ein Ende der völkerrechtswidrigen Handlungen vorerst nicht absehbar. Die Folge der andauernden Konfrontationen sind Konflikte zwischen der pakistanischen Armee und den Streitkräften der USA, sowie antiwestliche Proteste der pakistanischen Bevölkerung.

Der jüngst aus der neunjährigen Militärdiktatur unter Pervez Musharraf entlassene Staat Pakistan braucht jedoch die dringende Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zur Lösung seiner politischen, ethnischen und sozialen Probleme.

Die paschtunischen Stammesgebiete zum Beispiel liegen zwischen drei seit Jahrzehnten virulenten Konfliktregionen: Afghanistan, Belutschistan und Kaschmir. Hinzu kommen die widersprüchlichen Sicherheitskonzeptionen Pakistans, der USA, Chinas, Indiens, Russlands und Irans. Die verstärkte Verlagerung des Afghanistankrieges in Richtung Pakistan macht deutlich, dass die Stabilisierung Pakistans nur mit der Afghanistans einhergehen und ohne diese nicht gelingen kann. Umgekehrt ist ohne eine Demokratisierung Pakistans keine nationale Versöhnung in Afghanistan denkbar. Deswegen müssen die Kampfhandlungen in beiden Ländern eingestellt und eine Stabilisierung der Region durch Einbeziehung aller beteiligten Konfliktparteien verhandelt und umgesetzt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333